

AGS: NACHRICHTEN

Herausgeber: Landesvorstand der
AGS NRW | NEU: www.agsnrw.de

Ausgabe Nr. 75 | Jan. 2014

INFORMATIONSDIENST DER ARBEITSGEMEINSCHAFT SELBSTÄNDIGE IN DER SPD

seite 1



EIN BESSERES LAND
KOMMT NICHT VON ALLEIN.

2014 – das Jahr des Pferdes

**Haben wir mit der großen Koalition auf
das richtige Pferd gesetzt?**

**Nach dem Chinesischen Kalender wird jedes neue Jahr, be-
ginnend am 1. Februar, durch ein Tierkreiszeichen geprägt.
Die nachgesagten Eigenschaften des jeweiligen Tieres be-
einflussen den Jahresverlauf.**

Über den Ausblick auf das Neue Jahr, wie ihn der chinesi-
sche Kalender prognostiziert, konnte man sich in der Ver-
gangenheit schon zweimal an gleicher Stelle informieren.
Im Januar 2011 blickten wir erwartungsvoll auf das Jahr
des Hasen, im Januar 2012 auf das Jahr des Wasserdra-
chens. 2014 steht unter dem Tierkreiszeichen des Pferdes.
Was wird uns für das Jahr des Pferdes prophezeit? Antwort
fand ich auf der Webseite www.chinesisches-horoskop.de:
„**EIN JAHR VOLLER ABENTEUER UND AUFREGUNG – ES GEHT VOR-
AN!**“ So hören wir es zur Zeit vom gesamten SPD-CDU-CSU-
Polit-Establishment. Der Wille mag da sein, wir hören die
Worte, allein: Uns fehlt noch tiefer Glaube! Und wenn es
voran geht: In welche Richtung?

Weiter heißt es im Horoskop: „**TROTZDEM IST ES WICHTIG,
SICH NICHT ZU ÜBERANSTRENGEN, DENN DAS JAHR DES PFER-
DES SCHENKT NICHT NUR SELBSTVERTRAUEN, GUTE LAUNE UND
SORGLOSIGKEIT, SONDERN AUCH STRESS UND HEKTIK IM ALL-
TAG.**“ Gute Laune verbreiteten bereits bei Vertragsabschluss
zur GroKo die neuen Koalitionäre. Da wurde gekuschelt und
geschleimt, dass es teilweise schon peinlich war. Stress und
Hektik sind wohl zu erwarten, wenn es darum geht, den
Koalitionsvertrag umzusetzen. Und auf neue Herausfor-
derungen zu reagieren.

Zurück zum astrologischen Ausblick: „**PFERDE SIND TEMPE-
RAMENTVOLL UND UNRUHIG.**“ Das gilt wohl eher für Sigmar
Gabriel als für die Kanzlerin. Wird sie alle Probleme wei-
terhin aussitzen und WIR sollen die Probleme lösen und
alleine für die Lösungen geradestehen?

Dem Pferd ist in der chinesischen Astrologie das Element
Holz zugeordnet. Holz steht für Stabilität, für solide Werte.
Aber welche Werte werden die Politik bestimmen? Neoli-
beralistische, konservative – oder Werte, für die WIR ste-
hen? Wird eine stabile Regierung sich im alltäglichen Han-
deln auf allgemeingültige Werte verständigen können?
Mit Horoskopern ist es so: Man kann und darf sich nicht auf
sie verlassen. Und so sind auch diesmal bei vielen Sozial-
demokraten die Hoffnungen gering, auf die positiven Deu-
tungen für Jahr des Pferdes bauen zu können.

Haben wir mit der GroKo auf das richtige Pferd gesetzt? Un-
sere Parteiführung und die Mehrzahl unserer Mitglieder
glauben: Ja! Nun kann man nur hoffen, dass das Pferd nicht
strauchelt, sondern erfolgreich das Ziel erreicht. Und wenn
wir, die Basis, uns fragen müssen: Wo reiten sie, unsere poli-
tischen Vertreter? Wo reiten sie hin? Dann müssen wir Ih-
nen in die Zügel fallen, wenn sie auf falsche Pfade gelan-
gen. Die Aufgabe der Partei, die Regierungsarbeit wachsam
zu begleiten, erhält jetzt noch größere Bedeutung.

Ich wünsche allen Mitgliedern und Freunden der AGS,
dass Euer/Ihr persönliches Pferd in 2014 gesund und mun-
ter seine Last trägt, keine Koliken erleidet, immer reichlich
Hafer bekommt, ab und zu eine Möhre oder ein Zücker-
chen. Übertragen gilt das auch für Reiterin und Reiter.



In diesem Sinne: Glück Auf!

André Brümmer

Vorsitzender der AGSNRW

Inhalt

seite 1

2014 – Das Jahr des Pferdes.
Haben wir mit der großen Koalition auf das richtige Pferd gesetzt?.....1

Kommentar

„Gib ihm die Peitsche!“ – Wie die GroKo (vielleicht) gelingen kann2

Parteilieben

„Große Koalition, k(l)eine Erwartungen: Der Koalitionsvertrag“ – Was die GroKo den Selbständigen bringt. Oder nicht.3
Mitglieder der AGS Bottrop besuchen den NRW-Landtag8

Bundespolitik

DER SPIEGEL über Solo-Selbständige im Koalitionsvertrag:
„Kein Geld für Solos“4

AGS vor Ort

„Ein Rathaus und ein Geschwür“: Wie aus dem AGS-Mitglied Ralph Brodel ein Bürgermeisterkandidat wurde.....5
Ein Unternehmer in die Politik: Was Ralph Brodel so in Schermbeck anstellt7

Wirtschaft / Handwerk

Zahlungsverzugsrichtlinie: Deutschland im Verzug! Klage vor Europäischem Gerichtshof droht.....9
Handwerk erwartet Umsatzplus für 2014..... 9

Kurz & gemischt

Unsere Kurznachrichten.....10

Service

Termine, Redaktionsschluss, Impressum10

AGSNRW interaktiv

eMail: info@ags-in-nrw.de
Internet: www.agsnrw.de (neu)
Facebook: AGSNRW
Twitter: @agsnrw

KOMMENTAR

„Gib ihm die Peitsche!“

Wie die GroKo (vielleicht) gelingen kann.

Ein Kommentar von Susanne Brefort

Die Abstimmung ist gelaufen, die Mehrheit der SPD-Mitglieder hat entschieden: Ja zur Großen Koalition, zur GroKo.

Das Gespenst der GroKo geisterte wochenlang durch die Sozialen Medien (für eine Sozialdemokratin ein herrliches Wortspiel!) und viele, ich selbst laut und deutlich, haben davor gewarnt und für ein „Nein“ geworben. Das WIR hat anders entschieden. Und so ist es jetzt einmal.

Es gehört, denke ich, einfach zum Wesen der Demokratie, dass man das Ergebnis demokratischer Prozesse auch dann akzeptiert, wenn einem selbst das Ergebnis nicht passt. Auch die Rechnungen, die einige Genossen aufmachen, nach der sich eben nicht alle Wahlberechtigten beteiligt hätten und das Wahlergebnis so klar nicht sei – das kann ich nicht akzeptieren. Wohl jeder Sozialdemokrat, jede Sozialdemokratin im Lande hat von dieser entscheidenden Abstimmung gehört. Wir alle sind zu den Urnen gerufen worden. Eine Mehrheit von uns – ja: von uns! – hat eine Entscheidung getroffen. So, wie die Befürworter der GroKo ein mehrheitliches Nein hätten akzeptieren müssen, so sollten auch wir Skeptiker akzeptieren, dass wir überstimmt wurden und das Ergebnis mittragen. Das ist nun einmal Demokratie. Und wir haben daran mitarbeiten können – etwas, das mich tief in meiner sozialdemokratischen Seele anrührt.

Nebenbei: wer an der Abstimmung nicht teilgenommen hat, hat sich ja dennoch geäußert, hat nämlich Zustimmung zur Entscheidung der Mehrheit gegeben.

Was bleibt uns Skeptikern nun zu tun? Nun, genau das, was jedermanns und jederfrau Bürgerpflicht ist: wachsam sein, dem Gaul der Großen Koalition die Peitsche geben, aufpassen, dass sozialdemokratische Ideale und Forderungen auch in der Regierungsverantwortung nicht unter den Tisch fallen. Denn Wachsamkeit ist die vornehmste Pflicht aller Opposition. <



Susanne Brefort ist stv. Vorsitzende der AGS-NRW, Vorsitzende der AGS Bottrop sowie Mitglied des AGS-Bundesvorstands

PARTEILEBEN

Große Koalition, k(l)eine Erwartungen: Der Koalitionsvertrag Was die GroKo den Selbständigen bringt. Oder nicht.

Bringen uns, den Selbständigen, die nächsten 4 Jahre „Wachstum, Innovation und Wohlstand“, wie es der Koalitionsvertrag verspricht?

Nun kommt sie, die GroKo. Ist sie aber auch eine Koalition mit großen Zielen? Liest man im Koalitionsvertrag nach, was sie uns Selbständigen bringen soll, so ist das enttäuschend! Für uns ist das Kapitel „Mittelstand, Handwerk, Handel und Freie Berufe“ von besonderem Interesse.

Viel Prosa ist da zu lesen, wie man sie oft genug in Sonntagsreden gehört hat. Ansonsten will man prüfen: „Wir wollen die Thesaurierungsregelungen (= Einbehaltung und Wiederanlage von Erträgen, die Red.) für Einzelunternehmen prüfen.“ Man will fortsetzen: „Mittelstandsforderung: Wir werden die Mittelstandsforderung zielgerichtet fortsetzen.“ Und vieles soll: „Es (das Zentrale Innovationsforderprogramm Mittelstand, ZIM, d. Red.) soll auch nach 2014 fortgeschrieben werden, um noch mehr Innovationen aus dem Mittelstand zu ermöglichen.“

Was vermissen wir schmerzlich? Die Einbeziehung Selbständiger in das Sozialversicherungssystem zu fairen Bedingungen: Fehlanzeige! Ein vereinfachtes Steuerrecht: Fehlanzeige! Zukunftsweisende Bildungs- und Infrastruktur-Politik: Kein großer Wurf! Und Solo-Selbständige? Ihnen hilft kein Mindestlohn, für sie ist keine Verbesserung ihrer Situation in Sicht. Noch nicht einmal als Prüfauftrag. Sie wurden wohl wieder einmal „vergessen“.

Reicht es der Groko schon, Altbewährtes bewahren zu wollen? Manchmal ist dieser Wille ja positiv zu bewerten. So will man auf den Erhalt des Meisterbriefes hinwirken: „Deutschland wird die europäische Diskussion über eine verstärkte Öffnung des Dienstleistungsbinnenmarktes konstruktiv begleiten. Wir werden allerdings unverändert darauf hinwirken, dass der Meisterbrief nicht durch Maßnahmen des europäischen Binnenmarktes beeinträchtigt wird und erhalten bleibt.“

Auch gibt es ein Bekenntnis zum Erhalt des Kammern-Systems als Selbstverwaltungsorgane, wenn auch mit dem Auftrag zur Weiterentwicklung verbunden: „Wir bekennen uns zu den Kammern. Wir bestärken sie darin, ihre Dienstleistungsfunktion für die Mitgliedsunternehmen weiterzuentwickeln. Die Kammern müssen einen spürbaren Beitrag für ihre Akzeptanz bei den Mitgliedsunternehmen leisten, indem sie sich noch stärker am Gedanken der Selbstverwaltung und der Interessenwahrnehmung, vor allem für kleine und mittlere Unternehmen orientieren. Transparenz von Entscheidungen ist dabei ein wichtiger Bestandteil des demokratischen Prinzips.“

Wo bleiben die neuen, zukunftsgestaltenden Ideen? Es ist ein Vertrag der maximalen Ausgaben, nicht sicher und nachhaltig finanziert, geprägt

von Klientel-Politik: CSU-Interessen, Senioren-Wähler, Verschönerung der „Reichen“! Kompromisse, so scheint es, waren leicht zu finden, wurden aber als „hart umkämpft“ verkauft. Für zukunfts-gestaltende Ideen war wohl nach der „Bedienung“ der Rentner nicht mehr viel Geld da. Es soll mehr Mittel für Bildung und Infrastruktur geben. **Aber das sind Brosamen im Vergleich zu den Sahnetorten für Rentner.**

Fazit: Der Koalitionsvertrag ist nicht der große Wurf der großen Koalition. Auf das **Wachstum** können wir nur hoffen, sonst sieht es düster aus mit der Finanzierung des Haushalts. **Innovation** bleibt eine Aufgabe der Privatwirtschaft. Ob der Staat behilflich ist, bleibt abzuwarten. **Wohlstand** für wenige? Dabei bleibt es unverändert und ohne die erforderliche Umverteilung von Lasten. Wohlstand für alle bleibt ein Traum.

Ein Vertrag, der für sich alleine keine große Koalition rechtfertigt.

Aber es ist uns in den nächsten Jahren auch schon mit einer stabilen Regierung gedient. Wenn der Mut zu Neuem fehlt, bleibt zumindest der Wille, das Alte zu bewahren. <

BUNDESPOLITIK

SPIEGEL-Artikel über Solo-Selbständige im Koalitionsvertrag: „Kein Geld für Solos“

SPIEGEL ONLINE griff am 6.12.2013 mit „Solo-Selbständige und Mindestlohn“ ein Thema auf, dem die „Groß-Koalitionäre“ in ihrem Vertrag keine Bedeutung beimaßen. Die Interessen der Solo-Selbständigen fanden auf 185 Seiten keine Berücksichtigung. „Deutschlands Zukunft gestalten“? Das will die GroKo wohl ohne Solo-Selbständige. Haben die keine Zukunft mehr in Deutschland?

Der SPIEGEL titelt „Solo-Selbständige – Hunderttausende haben nichts vom Mindestlohn“, der Aufmacher des Artikels von Tobias Lill lautet „Der Mindestlohn kommt – doch viele werden davon nicht profitieren. Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung leben schon jetzt 700.000 Solo-Selbständige von weniger als 8,50 € pro Stunde, zum Beispiel in der Pflege. Experten fürchten, dass die Zahl bald massiv zunimmt.“

Der Artikel beginnt mit einem Bericht über einen freiberuflichen Dozenten, der 40-45 Wochenstunden inkl. Vor- und Nachbereitungszeiten arbeitet. Vor Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen beträgt das monatliche Einkommen nur ca. 1.000 €, also einem Brutto-Stundenlohn von ca. 6 €. Der Dozent wird zum Hartz IV-Aufstocker, da er und seine Familie nicht von seiner Hände Arbeit leben kann, wie es die Politik fordert. Zumindest für Arbeitnehmer. Denn der geplante Mindestlohn hat keine Auswirkungen auf das Einkommen von Selbständigen!

Zahlen des Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) belegen, dass in Deutschland ca. 2,5 Mio. Solo-Selbständige arbeiten, von denen 28 Prozent ein Brutto Einkommen von weniger als 8,50 €/Stunde erzielen.

Von diesem Einkommen kann man nicht auskömmlich leben, geschweige denn, davon soziale Absicherung bezahlen.

DIW-Forscher Karl Brenke weist darauf hin, dass viele schlecht bezahlte Solo-Selbständige aus der Not heraus Unternehmer geworden sind – etwa, weil sie ihre Festanstellung verloren haben. Brenke: „In vielen Branchen wie der Pflege, den Medien, dem Bildungsbereich oder der Paketzustellung zahlen die Auftraggeber oft nur klägliche Honorare. Nicht wenige dieser Freiberufler lebten deshalb, von der Hand in den Mund.“ Nur ca. 100.000 Freiberufler stocken ihre Einkünfte mit Hartz IV auf. „Das ist natürlich nur eine Untergrenze“, sagt DIW-Forscher Brenke: „Wer etwa Rücklagen hat, bekommt ja kein Hartz IV.“ Viele wüssten zudem nicht, dass sie als Freiberufler überhaupt Sozialleistungen beantragen dürften.

Eine Krankenversicherung können sich viele einfach nicht leisten. Viele sind wegen zu hoher Beiträge und daraus resultierenden Beitragsrückständen nicht mehr versichert. Eine Altersabsicherung kommt ebenfalls für viele Solo-Selbständige nicht in Frage. Altersarmut ist dann vorprogrammiert.

Die AGS und ihr Arbeitskreis „Solo-Selbständige“ machen seit langer Zeit auf diese Probleme aufmerksam.

Auch die Gewerkschaften nehmen sich dieser Probleme an. Gunter Haake, Geschäftsführer der Ver.di-Selbständigenberatung Mediafon bemerkt dazu im Spiegel: „Wenn Menschen trotz Vollzeitarbeit von ihrer freiberuflichen Tätigkeit nicht leben können, dann ist das ein genauso großer Skandal wie bei fest angestellten Niedriglöhnern“. Hier wachse „seit Jahren ein neues Prekariat heran“. Ein großer Teil der Solo-Selbständigen sei zudem „nur auf dem Papier selbständig und in Wahrheit scheinselbständig“.

Haake fürchtet, dass viele Arbeitgeber vor Inkrafttreten des Mindestlohns fest angestellte Mitarbeiter zwingen werden, sich formal selbständig zu machen, um so die Lohnuntergrenze zu umgehen. Ähnlich sieht es auch DIW-Forscher Brenke: „Da dürften einige Firmen sicher sehr kreativ sein.“ Dabei falle es den staatlichen Behörden schon heute schwer, Scheinselbständigkeit nachzuweisen. „Wenn der gesetzliche Mindestlohn kommt, benötigt der Zoll in jedem Fall deutlich mehr Personal“, sagt Brenke.

Bei „unrentabler Selbständigkeit“ soll Hartz IV gestrichen werden.

Der SPIEGEL: „Derweil werden Stimmen laut, schlecht bezahlten Freiberuflern den Zugang zu den Sozialsystemen zu erschweren. Das Bundesland Sach-

AGS VOR ORT

(Forts. „Kein Geld für Solos“)

sen-Anhalt machte sich gerade erst dafür stark, den Anspruch auf Hartz IV ‚bei unrentabler Selbständigkeit‘ auf zwei Jahre zu begrenzen. CSU-Mann Straubinger geht sogar noch weiter: Er will bereits nach eineinhalb Jahren überprüfen lassen, ob ein Geschäftsmodell tragfähig sei. Ansonsten müsse man die aufstockende Leistung von Hartz IV verweigern.“

Dazu die AGSNRW: So löst man keine Probleme! Wir schließen uns den Forderungen der Gewerkschaft an:

1. gesetzliche Honoraruntergrenzen für Freiberufler,
2. feste Mindestpreisverzeichnisse oder
3. andere Maßnahmen, im Zweifel durch gesetzliche Eingriffe
4. Maßnahmen zur Verhinderung von Ausgliederung von Mitarbeitern und Verdrängung in die Scheinselbständigkeit

➔ [Zum Artikel auf Spiegel Online](#) <



Der AK „Solo-Selbständige“ wird auch 2014 regelmäßig Informationsveranstaltungen durchführen. Leiter des Arbeitskreises ist AGSNRW-Vorstandsmitglied Jürgen Brinkamp, Kontakt via E-Mail unter:

➔ ra-brinkamp@t-online.de

„Ein Rathaus und ein Geschwür“:

Wie aus dem AGS-Mitglied Ralph Brodel ein Bürgermeisterkandidat wurde

Nein, leicht war der Schritt nicht, aber er macht einen ungeheuren Spaß, ist mit unglaublich vielen neuen Erfahrungen verbunden und mit ungewöhnlichen Einblicken in die menschlichen Seelen.

Bei Letzteren ist es aber gut, sie erst nach der Kandidatur erleben zu dürfen. Trotzdem bleibt der Schritt so außerordentlich, dass man ständig gefragt wird: „Du hast doch Dein Unternehmen?“, „Warum willst Du Dir das antun?“, „Deine Firma läuft doch richtig gut?“ und so weiter und so fort.



So ungewöhnlich der Entschluss also vielen erscheinen mag, so logisch ist er. Zumindest kommt es mir in der Nachschau so vor. Denn in der Personalunion als Unternehmer, PR-Berater und Journalist bin ich darauf geeicht, permanent Chancen, Neuigkeiten und Risiken zu bewerten. Man sieht also gerade deshalb, was so gar nicht gut läuft und was dringend verändert gehört. Das reicht bei meiner Kommune vom Marketing, über den demographischen Wandel, hin zur modernen Personalführung, und endet bei der Haushaltskonsolidierung und dem Wettbewerb der Kommunen untereinander. Und wenn man dann noch als AGS-Vorsitzender vor Ort um die Stimmung der Unternehmer und Selbstständigen weiß, wird der Schritt immer logischer. Vor allem, wenn man, wie ich, jahrelang darüber gewettert

hat, dass viel zu wenige Unternehmer in Parlamenten und dem sonstigen hauptamtlichen politischen Betrieb vertreten sind.

Am Ende aber war es meine 12-jährige Tochter, die bei einer Diskussion am Frühstückstisch sagte: „Daddy, Du hast so viele Ideen, nur schade, dass Du hier nicht Bürgermeister sein kannst.“ Wieso kann ich das nicht? Wieso sollen das nur Beamte können wollen? Das saß also und war der berühmte Tropfen für ein großes Fass.

Allein, mit einem mittelständischen Unternehmen und dem Geschäftsführerposten ausgestattet, ist man ja tatsächlich nicht ganz so frei, wie zum Beispiel ein Kommunalbeamter, Lehrer oder sonstige Werk tätige, die auf staatliche Sicherheiten setzen können.

Also ging es vor allem darum, weit im Vorfeld einer möglichen Kandidatur, die Rahmenbedingungen zu klären und fest zu ziehen. Vom internen Umbau der Führungsstruktur über Personalgespräche, bis hin zur Abschätzung der Kosten, die mit einem entsprechenden Umbau der Firma verbunden sind.

Daneben, aber zentral wichtig, die deutliche Aussprache mit der Familie. Denn auch diese steht, in einer Gemeinde mit 13.700 Einwohnern, plötzlich im Fokus des Interesses.

AGS VOR ORT

Alleinentscheidungen, wie wohl man als Unternehmer daran gewöhnt ist, verbieten sich da. Doch auch hier gab es grünes Licht, ebenso von der Partei. Und dann ist man also Kandidat.

Und plötzlich hat man scheinbar vor allem ein Manko, einen Makel, der wie ein eitriges Geschwür auf der Nase wächst und wächst und wächst: **VERWALTUNGSERFAHRUNG**.

Also in meinem Fall eher keine. Unglaublich. Da gibt es also Menschen, die tatsächlich glauben, dass man Wissen, was in Gesetzen und Verordnungen abgelegt ist, scheinbar nicht nachschlagen kann, dass man sich hier nicht jederzeit einen entsprechenden Rat einholen kann. Der Wahnsinn, aber einer mit Methode.

Denn, wer hat denn diese unglaublich wichtige Verwaltungserfahrung? Richtig! Beamte. Würde es danach gehen, braucht unser Land keine Unternehmerpersönlichkeiten, keine Menschen, die nur mit Ideen, Tatkraft, Intelligenz und Durchsetzungsfähigkeiten etwas Eigenes schaffen und die sich, nebenbei, auch Jahrzehnte mit allen möglichen Verwaltungsaufgaben herumgeschlagen mussten. Es braucht dann auch keine Menschen mehr, die sich mit Finanzen, Risiko und Personalführung bestens auskennen. Keine Menschen mehr, die gestalten statt verwalten. Nein, es geht beileibe nicht darum, Verwaltungserfahrung zu besitzen, sondern sie zu benutzen. Dieses Geschwür der **VERWALTUNGSERFAHRUNG** habe ich für mich also schnell

ausgedrückt. Und siehe da, die Nase ist wieder frei und atmet wieder ein und aus, was sie immer schon ausgezeichnet hat: Unternehmerisches Gespür und Gestaltungskompetenz.

Und wenn jetzt der ein oder andere schauen und miterleben will, wie sich ein Unternehmer mit einem Kommunalbeamten den Fight um ein tief-schwarzes Rathaus liefert, sich einsetzt um die bedrohte Zukunft einer prächtigen Gemeinde, ist er herzlich eingeladen mitzumachen.

Jede Stimme, jede Äusserung wird das allgemein still vor sich hinwuchernde Geschwür der **VERWALTUNGSERFAHRUNG** kleiner machen. <

Weiterführende Links:

➤ <http://ich-brodel-fuer-schermbeck.de/>

➤ <https://www.facebook.com/ich.brodel.fuer.schermbeck>



Der kleine Drache „brodelt für Schermbeck“ – Ralph Brodels Wahlkampfmotto gefällt auch André Stinka (r.), dem Generalsekretär der NRWSPD.

AGS VOR ORT

Ein Unternehmer in die Politik

Was Ralph Brodel so in Schermbeck anstellt

Erst im März 2013 hat sich im beschaulichen Schermbeck eine AGS gegründet, aber aktiv sind die Mitglieder, allen voran ihr Vorsitzender Ralph Brodel, schon vorher gewesen. Die Initialzündung für die Gründung der AGS Schermbeck war eine Fragebogenaktion.

Über die Auswertung der Fragebogen wollten Ralph Brodel und sein Team herausfinden, wie das Befinden der Schermbecker Unternehmer ist, wie zufrieden sie mit der Gemeinde Schermbeck sind und wie sich schließlich der Alltag der Schermbecker Unternehmer gestaltet.

Folgende Überlegungen standen am Anfang:

1. Statistische Daten über die Zufriedenheit und allgemeinen Situation der Schermbecker Unternehmer waren nicht vorhanden.
2. Haben wir, die AGS, einen vernünftigen Grund zu, direkt mit den Unternehmen ins Gespräch zu kommen?
3. Wie kommen wir zu einem unmittelbaren Austausch über die Gemeinde, über die Wirtschaftspolitik etc.?
4. Wir brauchen einen „neutralen“ Grund für die örtliche Presse, hierzu ständig zu berichten.
5. Mitgliedergewinnung für die AGS
6. Klare Ergebnisse als Munition für beständige Angriffe auf die vor Ort verfehlte Wirtschaftspolitik.
7. Wichtig war auch das persönliche Aufsuchen der Unternehmer.
8. Da ich so wenig zu tun habe, habe ich die Mehrzahl besucht. Bin ja schließlich auch der Vorsitzende...

Allein durch die Fragebogenaktion wurde viel erreicht. Zunächst einmal: die AGS Schermbeck kam mit den Un-



ternehmern in Schermbeck ins Gespräch und, vor allem, es wurde über die AGS Schermbeck gesprochen. Jeder, der Parteiarbeit macht, weiß das: öffentliche, positive Aufmerksamkeit ist überaus wichtig!

Von anfangs 2 konnten sich die Schermbecker auf 45 Interessenten steigern. Es finden regelmäßige Treffen statt, sogar Neumitglieder konnten bereits aufgenommen werden.

Und natürlich: die AGS Schermbeck wurde gegründet, ihr Vorsitzender, Ralph Brodel, wird in 2014 als Bürgermeister für Schermbeck kandidieren. Für das tiefschwarze Schermbeck (CDU bei 51%) ein ganz ausgezeichnetes Ergebnis!

Wer Interesse an der Arbeit der Schermbecker AGS und/oder an deren Fragebogenaktion hat, wendet sich direkt an den Vorsitzenden:

➔ r.brodel@I-DEAR.de



PARTEILEBEN

Es geht nach Düsseldorf:

Mitglieder der AGS Bottrop besuchen Landtag

„Gaudere et prodesse – erfreuen und nützen“, das soll Lernen nach guter pädagogischer Tradition bedeuten. Lehrreich war der Tag in Düsseldorf allemal, und Freude gemacht hat es den Teilnehmern auch.

20 Genossinnen und Genossen der AGS Bottrop fuhren am 18. Dezember auf Einladung von MdL Cornelia Ruhkemper nach Düsseldorf – pünktlich zum Geburtstag Willi Brandts, wie die Bottroper AGS-Vorsitzende Susanne Brefort nicht vergaß zu erwähnen.

Die Bottroper erlebten eine Einführung in parlamentarische Abläufe, hatten Gelegenheit, einer Plenarsitzung beizuwohnen und nutzten schließlich die Gunst der Stunde, „ihre“ Abgeordnete mit Fragen zu löchern. Fragen zur Informationsbeschaffung der Parla-

mentarier, zum parlamentarischen Prozess – die Teilnehmer der Fahrt waren gut vorbereitet.

Auch MdL Cornelia Ruhkemper hatte viel Freude an den Gesprächen: „Man merkt schon ein großes Interesse an politischen Entscheidungswegen. Ich freue mich, dass die Vertreter der AGS mit ihren Fragen zu mir kommen.“

Auch zu Einzeldialogen mit den Bottropern nahm die Abgeordnete sich Zeit, wobei sie ihren Pflichten nicht entkam: noch während des gemeinsamen Kaffeetrinkens in der Landtags-

kantine bimmelte ihr Handy, sie wurde zu einer Abstimmung gerufen. Interessiert nahm man zur Kenntnis, in welchem Maß moderne Technik das Arbeitsleben des Parlaments dominiert.

Ein Highlight war sicherlich auch die Plenarsitzung, Thema war der Fortbestand des Meisterbriefs, dem die Besucher mit großem Interesse folgten. Um diese Jahreszeit durfte ein gemeinsamer Rundgang über den Düsseldorfer Weihnachtsmarkt nicht fehlen – ein stimmungsvoller Abschluss einer gelungenen Bildungsfahrt. <



Oben links: Susanne Brefort, Vorsitzende der AGS Bottrop, und MdL Cornelia Ruhkemper. Oben rechts: MdL Cornelia Ruhkemper (rechts) nahm sich gerne Zeit für Kaffee und Gespräche – bis die Plenarglocke sie wieder rief. Unten links: Gruppenbild mit MdL: Alle Bottroper Gäste haben den Tag sehr genossen!

WIRTSCHAFT / HANDWERK

Zahlungsverzugsrichtlinie: Klage vor Europäischem Gerichtshof droht Deutschland im Verzug!

Die Schwarz/gelbe geschäftsführende Bundesregierung spielt mit der Existenz von kleinen Handwerks- und Handelsunternehmen.



Barbara Weiler, MdEP:
„Deutschland ist im Verzug bei der Zahlungsverzugsrichtlinie Jetzt droht Klage vor dem Europäischen Gerichtshof.“

Die (damals, Anm. d. Red.) geschäftsführende schwarz-gelbe Bundesregierung spielt mit der Existenz von kleinen Handels- und Handwerksbetrieben in Deutschland. Noch immer fehlt die Umsetzung der EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Zahlungsverzug – dabei lief die Frist bereits am 16. März (des letzten Jahres, Anm. d. Red.) aus. 26 EU-Länder haben bereits Vollzug gemeldet. Deutschland ist zusammen mit Belgien Klassenletzte. Die Europäische Kommission forderte Berlin nun dazu auf, endlich tätig zu werden. Ge-

schieht auch innerhalb der nächsten zwei Monate nichts, droht eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof. „Die beiden liberalen Ministerien für Wirtschaft und Justiz haben bereits bei den Gesetzesverhandlungen vor drei Jahren versucht, die Richtlinie zu blockieren – angeblich gebe es keine Probleme mit Zahlungsverzug“, kritisiert die SPD-Europaabgeordnete Barbara Weiler, die federführend für das Dossier von Seiten des EU-Parlaments verantwortlich war. „Kleine und mittlere Unternehmen warten auf schärfere Regeln gegen öffentliche Stellen und private Firmen, die Rechnungen nicht pünktlich bezahlen“, so die sozialdemokratische Binnenmarktexpertin. „Das Gesetz zur Bekämpfung des Zahlungsverzugs ist kurz, klar und unbürokratisch.“

Niemand soll länger als 30 Tage auf sein Geld warten müssen. Andernfalls drohen empfindliche Sanktionen.“ Das Gesetz soll für eine neue Zahlungskultur in Europa sorgen und verhindern, dass Unternehmen unverschuldet in Liquiditätsschwierigkeiten geraten. Damit wird dringend benötigtes Kapital frei für Innovationen und neue Jobs. „Allein schon aus Eigeninteresse hätten sich die Mitgliedsstaaten deswegen in Krisenzeiten gleich an die Arbeit machen müssen“, kommentiert Barbara Weiler abschließend. Sie unterstützt auch die Kampagne „30 max“ der Europäischen Industrie- und Handelskammer Eurochambres (www.30max.eu), mit der die EU-Länder zu einer raschen Umsetzung der Richtlinie aufgefordert werden. <

Pressemitteilung des „Handwerk Magazins“:

Handwerk erwartet Umsatzplus für 2014

Die Handwerksbetriebe sind im zweiten Halbjahr 2013 wieder in die Erfolgsspur zurückgekehrt, sie werden 2014 ein Umsatzplus von 2 Prozent gegenüber dem Vorjahr erwirtschaften und 25.000 neue Mitarbeiter einstellen.

Diese positive Prognose stellt der Zentralverband des Deutschen Handwerks. Der Optimismus passt zu den Prognosen von Politik und Wirtschaft. So erwartet die alte Bundesregierung ein Wachstum des deutschen Bruttoinlandsprodukts von 1,7 Prozent gegen-

über 2013, der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung prognostiziert ein Plus von 1,6 Prozent, und die führenden Wirtschaftsinstitute rechnen in ihrem Gemeinschaftsgutachten sogar mit einem Wachstum von 1,8 Prozent. Wie die Wirtschaftslage in den wichtigen Handwerksbranchen ist, und welche Aussichten für die nächsten Monate bestehen, hat „handwerk magazin“ bei den Fachverbänden nachgefragt. Die Ergebnisse stehen im großen Kon-

junkturreport in der Januarausgabe, ebenso welche Produkte und Dienstleistungen sich 2014 als Umsatzbringer erweisen können, z.B. können Baubetriebe mit mehr Nachfrage im Wohnungsbau rechnen, Ausbauhandwerker werden mit energetischen Sanierungen ihre Umsätze steigern, Nahrungsmittelhandwerker profitieren immer mehr von Kunden, die außer Haus frühstücken und Augenoptiker werden mehr Sehhilfen für Bildschirmarbeiter verkaufen. <

KURZ & GEMISCHT TERMINE

Kölner HWK-Präsident an der Spitze des deutschen Handwerks

Wirtschaftsminister Garrelt Duin zeigt sich in einer Presseerklärung vom 06.12.2013 erfreut über die Wahl von Hans Peter Wollseifer zum neuen Präsidenten des Zentralverbands des Deutschen Handwerks. „Mit dem Kölner Handwerkskammerpräsidenten hat das Handwerk einen sehr kompetenten und erfahrenen Unternehmer an seine Spitze gewählt. Mit seiner langjährigen handwerkspolitischen Erfahrung in Nordrhein-Westfalen wird er auch deutschlandweit das Handwerk hervorragend vertreten“, erklärte Duin. Die AGSNRW schließt sich den Glückwünschen des Ministers an. <

Deutscher Mittelstand als Jobmotor 2014

Der Präsident des Bundesverbands mittelständische Wirtschaft, Mario Ohoven, sagt gegenüber der Osnabrücker Zeitung für 2014 den Mittelstand als Jobmotor voraus, für dieses Jahr rechnet er mit bis zu einer Viertelmillion neuer Arbeitsplätze. <

Ministerium zieht um

Das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Hand-

werk des Landes Nordrhein-Westfalen ist im Dezember 2013 umgezogen. Die neue Anschrift lautet nun Berger Allee 25, 40213 Düsseldorf. Die Post-Sammelanschrift bleibt 40190 Düsseldorf. <

Handwerk: Meisterqualifikation aufgewertet!

Der Beschluss zum Deutschen Qualifikationsrahmen wurde veröffentlicht, die Einstufung der Meisterqualifikation auf Stufe 6 ist nun offiziell. Mit der Bekanntmachung des gemeinsamen Beschlusses zum Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) für lebenslanges Lernen im Bundesanzeiger (BANZ AT 20.11.2013 B2) gibt es ein offizielles Dokument für die Etablierung des DQR in Deutschland und die Einstufung der ersten Abschlüsse). Damit haben die zeugnisausgebenden Kammern eine zitierfähige Grundlage, um die Einstufung der Abschlüsse ab dem kommenden Jahr in die Zeugnisse aufzunehmen. In der Zwischenzeit haben die Kammern auch eine Erläuterung zur Einstufung auf dem Zeugnis erarbeitet. Ab 2014 werden somit viel mehr Menschen vom Deutschen Qualifikationsrahmen erfahren. (Quelle: WHKT-REPORT 12/2013) <

08.01.14, 19 Uhr, AGSNRW
Sitzung des Landesvorstands
 Unperfekthaus, Essen

09.01.14, 19 Uhr, AGS Bottrop
Vorstandssitzung
 Rathaus-Schänke, Bottrop

16.01.14, 19 Uhr, AGS Gelsenkirchen
Vorstandssitzung
 Wissenschaftspark Rheinelbe, Gelsenkirchen

+++ Alles neu auf agsnrw.de +++

Wir haben unsere Webpräsenz komplett neu gestaltet. Themen, Artikel und Termine können wir im Internet viel schneller bereitstellen als es uns in diesem nur monatlich erscheinenden Newsletter möglich ist. Die unterschiedlichen Rubriken und z. B. Ergebnisse der Arbeitskreise sollen zukünftig außerdem von mehreren Vorstandsmitgliedern gemeinsam betreut und mit Inhalten befüllt werden. Ein Austausch mit unseren Mitgliedern und anderen politisch Interessierten ist damit schneller und besser möglich. Das bedeutet aber auch, dass die AGS:NACHRICHTEN in der bisher bekannten Form zum letzten Mal im März 2014 erscheinen werden. <

Die nächste Ausgabe der AGS:NACHRICHTEN erscheint Anfang Februar 2014, Redaktionsschluss ist der **29.01.2014**. Artikel, Terminhinweise, Fotos/Grafiken und Leserzuschriften bitte an die Adresse redaktion@ags-in-nrw.de senden.

NORDRHEIN-
WESTFALEN

AGS

**SELBSTÄNDIG.
VERANTWORTLICH.
SOLIDARISCH.**

Die AGS in NRW.

Bis zur nächsten Ausgabe!



André Brümmer
 Vorsitzender der AGSNRW

